

(Fortsetzung folgt.)

Kleidung
M. 395
60.—, 67.—
55.—, 78.—
80.—, 95.—
48.—, 65.—
25.—, 345.—
-Jacken
295.—, 395.—
Wiesbaden
Kirchgasse 56.
Verkehr
Zeidler
Fornaf 41
Bonn's
Hülfe
Nr. 2503
Kauf
und Küchen.
2-türigen Schrank
Spiegelschrank
Spiegelschrank
M. 475
Rauergasse 15
Rehm,
n-Praxis
Friedrichstr. 50, 1.
ziehen, Nervtöten
Kunstl. Zahn-
u. a. m.
Telefon 3118.
Beamten-Vereins.
Mäler
Ausführungen,
aus Kunststein
en Preisen empfiehlt
Kupfer, Beton-
Kunstgegenstände,
je 15.

Hochheimer Stadtanzeiger

Zweites Blatt.

Nr. 67. Donnerstag, den 12. Juni 1919. 13. Jahrg.

Tages-Rundschau.

Verfallenes Reichsminister Dr. Bell hielt den Vertretern der Presse einen eindringlichen Vortrag über die brennende Rheinfrage. Er richtete einen eindringlichen Appell an die Presse, die gegenwärtigen Zustände nicht mit dem früher aufgetauchten Plan einer Rhein- und Westfälischen Republik innerhalb Deutschlands zu verwechseln. Dieser Plan habe nichts mit dem gegenwärtigen Zustand zu tun, sondern beziehe sich nur auf eine Lösung der Schicksalsfrage der Rheinprovinz auf Grund der verfassungsmäßigen Verhandlungen. Die Beziehungen der Rheinprovinz zu Preußen hätten sich gerade in den letzten zehn Jahren freundschaftlich gestaltet. Allerdings hätten in jüngerer Zeit zwei Dinge verflüchtigt gewirkt, erstens die Hoffmannschen Erbschaften, zweitens die wilden Sozialisierungsbestrebungen, wobei die Betonung auf „wilden“ gelegt sei. Daher sei die Parole aus Berlin ausgegeben worden, die aber nicht bedeute Los von Deutschland!

Die Kapitalflucht in Nordhollands. In Nordhollands tritt immer mehr die Erscheinung zutage, daß die deutschen Kriegsgewinnler und andere wohlhabende Deutsche versuchen, ihr Geld nach Amsterdam zu bringen, trotzdem die dortigen Banken sich dagegen heftigst verhalten. Der Zugang nach möglicherweise dänisch werden könnten ist so groß, daß einzelne größere Städte die Auswanderer kaum mehr beherbergen können. Grundstücke, Häuser und andere Vermögensgegenstände, ebenso wie Waren werden zu Phantasiapreisen aufgestockt. Die Zoll- und Steuerbehörden sind deshalb angewiesen worden, an diejenigen, durch deren Mißbrauch dem Lande das Kapital entzogen wird, Strafen von zehn Prozent solchen Kapital zu zahlen.

Der preussische Ministerpräsident gegen die Republik Rheinland. Berlin. Mit den Bestrebungen auf Errichtung einer westdeutschen Republik beschäftigt sich der preussische Ministerpräsident Hirth in einem Vortragsartikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. Er führt darin u. a. aus:

Wir wollen den Trägern des Gedankens glauben, daß es ursprünglich nicht in ihrer Absicht gelegen hat, sich von Deutschen Reich loszulösen, sondern daß es ihnen nur um eine Trennung von Preußen ankomme. Aber der Appetit kommt beim Essen, und wenn erst der Abfall von Preußen vollzogen ist, dann ist die abschließende Bahn betreten, auf der es kein Halten mehr gibt, und dann ist der Abfall vom Reich nur noch eine Frage der Zeit. Dem Rheinland würde Hannover folgen, die Zerstückelung Preußens hätte begonnen und die Zerstückelung Deutschlands würde auf dem Wege folgen. Das Deutsche Reich würde gesprengt. Die längst überwundene Idee der Kleinstaaterei würde wieder herbeigeholt.

Der Ministerpräsident wendet sich gegen alle Pläne der Aufteilung Preußens, auch gegen diejenigen, die sich im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung geäußert hätten. Ihre Anhänger hätten immer noch das alte Preußen im Auge. Sie könnten sich von überlebten Vorurteilen nicht freimachen. Sie übersehen, daß am 9. November ein neues Preußen entstanden sei, ein Preußen, das seine Ehre darin erblicke, bahnbrechend in politischer, sozialer und kultureller Beziehung voranzugehen und das seine Würdevollheit in Deutschland anstrebe. Der Ministerpräsident schließt:

Preußen wird durch den uns ausgegangenen Frieden wohl nicht schon so geschwächt, daß es, wenn es zu den Aufstehungsbedenken von außen noch solche von innen hinzubekommt, außerstande sein würde, auch nur die bescheidensten Kulturaufgaben zu lösen. Im Osten seiner Vorkammer, in Schlefien, seiner Kohlengruben beraubt, würde es zum ärmsten aller deutschen Gliedstaaten werden, wenn auch noch die blühende und fruchtbarste Rheinprovinz ihm entzogen würde, ganz abgesehen davon, daß ein Ende des Zerstückelungsprozesses gar nicht abzusehen wäre. Das sollten auch die bedenken, die zwar die Errichtung einer Republik Rheinland außerhalb Deutschlands als Bundesstaat vorziehen, aber gegen ein selbständiges Gebilde innerhalb des Deutschen Reiches nichts einzuwenden haben, ja, im Innersten ihres Herzens diesem Gedanken gar nicht so unfernd stehen. Ob als besonderer deutscher Gliedstaat oder als neutraler Staat gedacht, die Idee einer Republik Rheinland ist auf alle Fälle zu verwerfen, denn sie steht im Widerspruch zu den wichtigsten Interessen der großen deutschen Republik.

Am 10. Juni. Die heute hier eingetroffenen Vertreter des Rheinlandes hatten eine längere Konferenz mit der Friedensdelegation. Die Besprechung hatte vor allem den Zweck, den großen Brodbeck-Kongress und die übrigen Mitglieder der Delegation über die politischen Strömungen in der Rheinprovinz zu informieren. Es ergab sich, daß nach der Auffassung aller Herren die rheinische Bevölkerung, ohne Unterschied der politischen Parteilichkeit und des Standes, der religiösen Anschauungen, fest zum deutschen Reich halten, und daß irgendwelche deutschfeindliche Einflüsse in den gesamten Rheinlandern nur auf eine sehr geringe Anzahl beschränkt seien, und daß diese auf den entgegengesetzten Widerstand stoßen werden. Daß die erwähnten maßgebenden Kreise aller Richtungen vor rheinischer Bevölkerung angelehnt der Stimmung im Rheinland die politische Proklamation des Herrn Dornen nicht ernst zu nehmen geneigt sind, ist leicht ersichtlich. Die amnestierenden Vertreter des Rheinlandes haben aus der Besprechung mit der Friedensdelegation den bestimmten Eindruck gewonnen, daß die Reichsregierung den entsprechenden Wünschen der rheinischen Bevölkerung volles Verständnis entgegenbringt und gewillt ist, die rheinische Frage gemeinsam mit den rheinischen Abgeordneten zum Besten des gesamten Deutschlands zu regeln. Graf Brodbeck-Kongress schloß sich auf der Rückreise den rheinischen Vertretern an, um auch mit dem Kardinal-Erzbischof in Köln über die rheinischen Gebiete zu konferieren.

Verfallenes. Der Vertreter des Vereins deutscher Zeitungsbesitzer fragte Graf Hanau, welche Ansicht er über die von einer Kinderarbeit an Strahlenenden proklamierte Rheinrepublik habe. Er erwiderte:

Die gegenwärtige deutsche Regierung beruht auf dem Prinzip der Selbstbestimmung des Volkes; sie ist auf Grund des kriegsrechtlichen Anspruchs ins Amt gekommen und jetzt beschäftigt Deutschland die freieste Verfassung der Welt zu geben. Im Rahmen dieser Verfassung werden für die Umgruppierung der deutschen Volksgebiete nach dem ungewissen Willen ihrer Bevölkerung keine Trennungsgrenzen, die außerhalb der Verfassung, ohne die Möglichkeit einer Korrektur durch die öffentliche Meinung, als einseitige Willkür durch einzelne mißgeleitete Parteien oder durch Streber und Schieber unternommen werden, halte ich für gefährlich, wenn nicht für hochverräterisch.

Mit Benutzung kann nach allen vorliegenden Berichten festgestellt werden, daß die Staatsbildung des Staatsanwalts Dornen verfehlt ist; sie ist gescheitert an dem einmütigen Willen der Bevölkerung Rheinlands und Rheinbogens, und sie ist endgültig gestorben an der Widerständigkeit, die mit ihr verbunden war. Besondere Anerkennung findet in Wiesbaden die aufrechte Haltung der Beamtenchaft gegenüber den Unrathen. Der „Frankfurter Zeitung“ wird, wie die „Königliche Zeitung“ berichtet, aus Wiesbaden geschrieben:

Das Pflichtgefühl und der Mut, die dazu gehörten, darf deshalb nicht unterschätzt werden, weil der ganze Rausch heute als eine Herkulesaufgabe erscheint. Besondere Sympathien hat sich durch sein mannhaftes Auftreten der augenblickliche Chef unserer Regierung

gebörte, Oberregierungsrat Springorum, erworben, dem übrigens, wie wir nachträglich hören, Dr. Dornen vor seinem Hinauswurf zweimal mit dem Revolver gedroht hat.

Verurteilungen Brodbeck's.

Am 11. Juni. In der „Neuen Freien Presse“ gibt ein Korrespondent des Blattes zunächst eine Charakteristik des Reichsministers Grafen Brodbeck-Kongress, in der er u. a. sagt: Kongress hat sich in Verfallenes als Staatsmann von hartem Willen und hartem Willen erwiesen. Auch seine persönliche Haltung auf diesem gefährlichen, um nicht zu sagen verlorenen Posten, war männlich und würdig. Diese von jeder Seite freie Würde hat auch ihre Wirkung auf die Gegner nicht verfehlt. Der Korrespondent berichtet dann über Brodbeck's Antwort auf eine Frage nach dem Stande der Friedensverhandlungen. Brodbeck's Antwort: Ich weiß von dem Stande der Verhandlungen nicht mehr als die übrige Welt, welche die deutschen Zeitungen liest. Selber liest nicht die ganze Welt deutsche Zeitungen. Mündliche Besprechungen finden weder öffentlich noch geheim statt. Ich glaube aber, daß die innere Vernunft und die innere Gerechtigkeit den Lauf der Dinge in die eine oder andere Richtung bringen wird, und man darf hoffen, daß die Gegner dies erkennen und auf sie eingehen werden. Gleichzeitig bin ich allerdings darauf vorbereitet, daß meine Hoffnung sich nicht erfüllt. Den Friedensvertrag, wie er am 7. Mai überreicht wurde, werde ich nicht unterschreiben. Keine Zugeständnisse betrachte ich nicht als wesentliche Verhandlungen. Wie unterzeichnen werden unter Todesurteil noch eine Anerkennung unserer Ehrentitel. Die Grenze unserer nationalen Selbstachtung ist da gegeben, wo man uns zumeist, deutsche Bevölkerung und ihr Land wegen materieller Vorteile unserer Gegnern preisgeben. Darin sind wir alle einig, die Delegation in Versailles und die Regierung in Berlin. Niemand will zurücktreten.

Kleine Mitteilungen.

Am 10. Juni. (Hansa.) Wie der „Köln“ berichtet, wird man den Deutschen, die die Errichtung ihrer Schuloberbehörden verlangen, wahrscheinlich das anstehende Höchstmaß der Zahlungen mitteilen, denen sie sich gegenüber finden werden. Das Blatt glaubt, daß die Summe 200 bis 250 Millionen betragen werde.

Paris. Der französische Abgeordnete Emanuel Brouille schreibt im „Journal“ einen längeren Artikel über die Gründung der Rheinischen Republik. Er sagt, daß die Ausweisung der Franzosen überflüssig habe, da in letzter Zeit im Rheinland gewesen sei. Er wundert sich nur, daß die Ausweisung erst jetzt geschehen sei.

Am 10. Juni. Bekanntlich erhält in den großen Hotels das Personal eine Entlohnung. Jeder ist auf die Trinkgelder angewiesen. In den von den Deutschen besetzten Hotels hat sich das Personal nun gewagt, auch nur das geringste Trinkgeld von den deutschen Delegierten anzunehmen. Die Verwaltungen dieser Hotels haben infolgedessen die Preise für die Wächter um 10% erhöht.

Karlsruhe. Der frühere Reichsanwalt Prinz Max von Baden beschäftigt seinen gesamten Grundbesitz, der aus 3746 Hektar landwirtschaftlichen Grundes und 4324 Hektar Wald besteht, räumlich in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.

Die Errichtung der Kriegsgelangenenen führt nach Friedensschluß. Die „Münchener Allgemeine Zeitung“ gibt ein Privattelegramm wieder, wonach Clemenceau den französischen Arbeiterführern erklärte, daß die deutschen Kriegsgelangenenen sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrages heimgeführt werden. Frankreich benötige keine Kriegsgefangenen, eine neue Form der Sklaverei einzuführen.

Die Gruppierung im letzten Gebiet. Auf eine Anfrage im Unterhaus befragte Churchill, daß die Deutschen im besetzten Gebiet den Zug abnehmen müßten, wenn sie mit einem englischen Offizier sprächen. Er erklärte ferner, keinen Grund zu der Annahme zu sehen, daß dies nach der Unterzeichnung des Friedens geändert werden solle; eine Wehrsamkeit hätte im feindlichen Gebiet ein Verbot auf dergleichen Beweise von Ehrerbietung durch die Besatzung.

Das englische Programm der Arbeiterhäuser. Der englische Arbeitsminister erklärte, daß die erste Sorge Lloyd Georges nach seiner Wiederkehr die Ausführung des Regierungsprogramms der Arbeiterhäuser sei. Dieses Programm sieht im ersten Jahre den Bau von 100 000 Häusern, im zweiten einen solchen von 200 000 Häusern vor.

Wieder eine aufsehenerregende Flucht.

Berlin. Das Garde-Schützenkorps teilt durch das Wollfische Bureau der Öffentlichkeit mit, daß der unter dem Verhaß der Lothlinsche fuchende Oberleutnant Marius seiner Verhaftung durch die Flucht zuvorgekommen ist. Marius ist der Offizier, der während der Märztagen 32 Angehörige der Volksmarinewissen handrechtlich hat erschossen. Der Vorfall wurde sehr bald Gegenstand heftiger Agitation, und auch Kreise, die irgendwelcher Sympathie für die Volksmarinewissen, die Hauptträger der Märzrevolte, nicht verächtlich waren, empfanden, nachdem die Gemüter sich einigermaßen beruhigt hatten, ernsthafte Bedenken darüber, ob diese Waffenführung berechtigt und nötig gewesen sei. So sah sich das Militärgericht veranlaßt, eine Untersuchung der Angelegenheit einzuleiten mit dem Ergebnis, daß gegen Oberleutnant Marius die Anklage auf Totschlag erhoben und ein Haftbefehl gegen ihn erlassen wurde. Dieser Haftbefehl ist nicht zur Ausführung gelangt. Oberleutnant Marius hat bereits vor vier Tagen die Flucht ergriffen, und das Gericht des Garde-Schützenkorps sieht sich wieder einmal in der peinlichen Lage, das Entweichen eines seiner schwersten Straftäter Offizieren zugeben zu müssen.

Alexander von Serbien — König von Ungarn?

Die „Südostliche Korrespondenz“ meldet aus Bregenz: Wie das der Regierung nahestehende Blatt „Sudostliche“ Bregenz meldet, befindet es sich, daß eine ungarische Abordnung im Auftrag der Regierung Ligon-Lernmann zum Kronprinzen-Alexander die ungarische Krone angeboten hat. Im jugoslawischen Kreise ist man einer Vereinigung mit Ungarn in Form einer Personalunion nicht abgeneigt. — Die „Bregenz-Post“ erklärt hierzu, der Kronprinz-Alexander habe sich wegen des Abwehrens der ungarischen Krone noch nicht entschieden. Man glaubt, er werde den Eintritt geordneter Verhältnisse in Ungarn abwarten, ehe er seine Zustimmung erteilen wird.

Rassauische Nachrichten.

Wiesbaden. Herr Oberst Pincus hat die Presse ermächtigt, zu erklären, daß er sich in seiner Eigenschaft als Administrator superieur des Distrikts Wiesbaden-Wille in dem Streitfall betreffs der neuen Regierung neutral verhalte.

Als der Magistrat am Montag aus den angelegentlichsten Anfragen und den verlässlichsten Telegrammen des Dr. Dornen Kenntnis von einer bei angeblich vertriebenen vorläufigen Regierung einer Rheinischen Republik erhielt, trat er sofort in eine Beratung dieser Frage ein, um über die von ihm zu erforderten Maßnahmen möglichst rasch schlußfähig zu werden. Der Magistrat fragte sofort bei der hiesigen preussischen Regierung an, welche Weisungen er in dieser Angelegenheit von ihr zu erwarten habe. Gleichzeitig protestierte er als beratende Behörde der Bürgerchaft vorläufig gegen diese neue Regierung und betonte, daß er nur Anordnungen von der preussischen Regierung und der französischen Militärbehörde entgegenzunehmen habe. Gleich nach Bekanntwerden der Tatsache, daß sich die „vorläufige Regierung“ konstituiert und die Komier verteilt hat, trat der Magistrat wiederum zusammen und beschloß einstimmig, der preussischen Regierung zu Wiesbaden mit aller Bestimmtheit mitzuteilen, daß er lediglich ihre Anordnungen ausführe und Weisungen von der „vorläufigen Regierung der Rheinischen Republik“ nicht entgegennehme. Von den beiden Beiständen des Magistrats ist gleichzeitig der Beiratsbehörde Kenntnis gegeben worden.

Die Französischen Militär-Polizeibehörden Wiesbaden-Land. Bei dem Herbeiziehen des Dr. Dornen in Wiesbaden in Wiesbaden, der dort für zwei Monate hater entwandte. Dr. Dornen nahm ihn in eine Wohnungstraße von einem Monat und in 200 Mark Geldstrafe. Der Schiffer S. aus Biebrich hatte unter einem Schandnamen Revolver und 40 Schußpatronen liegen, die bei einer Haus-

suchung gefunden wurden. Urteil: 20 Tage Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe. — Wegen Nichtablieferung von Waffen usw. wurde der Logikler K. in Schierlein zu 14 Tagen Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe, der Fabrikarbeiter B. K. in Weibach zu 14 Tagen und 100 Mark Geldstrafe verurteilt. — Weil er fünf Bier Bergin, das der Militärbehörde gehörte, in der Gartenstraße in Erdenheim entwendet, bekam der K. K. von dort acht Tage Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe. — Der Wirt K. S. in Weibach hatte nach der Polizeistunde sein Lokal nach offen. Urteil: 400 Mark Geldstrafe. — Der in Frankfurt beschäftigte Bader K. K. aus Nordenstadt wurde auf dem Bahnhof Höchst mit 400 Stück Seife angehalten. 400 Mark Geldstrafe und Einziehung seines permanenten Passes war die Folge. — Eine weitere Anzahl Personen wurde wegen Warenabnahme mit Geldstrafen von 10 bis 50 Mark und Einziehung des permanenten Passes bestraft. — Weil sie ihr Führer ohne Aufsicht lassen gelassen und in ein Wirtschaftshaus eingedrungen, erhielten die Weibacher Banden K. S. 35 Mark Geldstrafe. — Sodann wurden wegen Appellverlaufs zwei Einwohner aus Dohheim und einer aus Bierbach in Weibach von zehn bis zwanzig Mark genommen, wegen Vorkommens zwei Einwohner aus Biebrich, zwei aus Schierlein, drei aus Biebrich und einer aus Weibach in Folge von 5-20 Mark.

Die Schierlein. Das Strandbad wurde am Sonntag dem öffentlichen Verkehr übergeben, ohne daß diesmal eine öffentliche Andienung ergangen ist. Dies erwiderte sich, weil die Bootsinshaber, die sich mit der Gemeinde über die Höhe des Fahrpreises nicht einigen konnten, den Fahrtrieb nach dem Bad schon früher eigenmächtig eröffnet haben und dadurch auch daselbst aus eigener Machtvollkommenheit in Betrieb gesetzt. Die Bootsinshaber verlangten einen Fahrpreis für sich von 40 Pf. hin und zurück, während der Gemeinderat nur einen solchen von 30 Pf. festgelegt hatte. Durch die Uneinigkeit der Bootsbesitzer aber konnten diese ihre Forderung nicht durchdrücken und haben sich daher gezwungen, den von der Gemeindeverwaltung festgesetzten Fahrpreis vorläufig anzuerkennen.

Die Weibacher. Nächsther wurde die auf der Brücke vom Kriegerdenkmal zum Markt stehende kleinere Figur des belagerten Kommandanten gestürzt und stark beschädigt. — Die nach dem Kriegsdienst verurteilte, soll die vor Jahresfrist hier abgewandert, dann aber infolge der kriegerischen Ereignisse fallen gelassene Waise, im Gebiete der Stadt Höchst Kriegerdenkmal für Truppen zu errichten, allerdings von anderer Seite und in anderer Form wieder aufgegeben worden sein. Was an dem Gerüchte Wahres ist, entzieht sich unserer Kenntnis.

Frankfurt. Bei der Expeditionsfirma Schult in Städtel Bodenheim wurden 80 Zentner Schmierfeste beschlagnahmt, die nach Berlin verschoben werden sollten. — Eine große Anzahl hiesiger Reichsbanknoten zu 50 Mark, Ausgabe vom 20. Oktober 1918, sind seit Anfang Mai in der Stadt im Umlauf und auch bereits angehalten worden. Die Falschheime, ansehend in großen Massen hergestellt, tragen keine Wasserzeichen. Eine zweite Sorte von Falschheime, die der Ausgabe vom 30. November 1917 nachgeahmt ist und in den letzten Tagen hier aufkam, ist dadurch kenntlich, daß die Scheine aus zusammengeklebten Blättern hergestellt sind. — Entgegen den Beschlüssen der Bäckermittel, die den Preis für ein Dreipfundbrot von 82 auf 95 Pfennig hinaufsetzte, hat der Magistrat den Brotpreis auf 90 Pf. festgelegt. — Wollschiff hat, wie der Vorstand Dr. Klauer in Höchst mitteilt, jeden direkten Verkehr zwischen den deutschen Beamten des belagerten Wiesbaden und der deutschen Reichsbankkommission in Spaa, auch durch Vermittler, strengstens verboten.

Die Zunahme des Jagdverbrauchs. Seit 1. Juni d. J. verkehren im hiesigen Hauptbahnhof täglich wieder 300 Jäger. Während des Krieges und in der Zeit waren es nur 75, die täglich ein- und ausliefen. Vor dem Kriege betrug die tägliche Zugzahl jedoch 720.

Unter Beteiligung vieler Vertreter von Stadt- und Landkreisen der Provinz Hessen-Nassau wurde mit dem St. H. Frankfurt a. M. die Kraftverkehrs-Gesellschaft m. b. H. H. Hessen-Nassau gegründet. Das Stammkapital beträgt 900 000 Mark, wovon das Reich 300 000 Mark übernimmt. Das Unternehmen will die bisher von den Heimatkolonnen gefahrenen Kraft- und Personenverkehre in der Heimat dienstbar machen.

Die jugendliche Schloßerlehrlinge stahlen aus einer Schuhfabrik für 45 000 Mark Leder. Ihre Beute veräußerten sie um 3500 Mark an einen Wirt, der die Ware im Handbrehen für 40 000 Mark einem Schuhmacher zufuhr. Von diesem übernahmen zwei Lederhändler die Beute für 65 000 Mark. Leider hörte nun das Lederbrot auf, da die Polizei auf dem Plan erschien und zunächst das Leder beschlagnahmte, dann aber die Diebe, Hehler und Schaber verhaftete.

Bad Homburg a. d. H. Durch die Borarbeiten für die Verlegung des neuen Hauptquartiers nach Homburg erlitten zahlreiche Hotels und Privathäuser, da in ihnen erhebliche bauliche Veränderungen vorgenommen werden mußten, empfindlichen Schaden, der auf rund 500 000 Mark geschätzt wird. Diese Ansprüche sind von den zuständigen Stellen wohl geprüft worden; ob und wann sie aber ausgezahlt werden, darüber verläuft noch nicht das Mindeste. Auch der Schaden, den die Stadt durch die gewaltige Abnutzung der Straßen infolge des Kraftwagenverkehrs erlitten hat, ist bedeutend und wird ihr von keiner Seite ersetzt.

Schwannheim a. M. Beim nächsten Postfahren der Ortsstraße wurde der 24jährige Postkutscher Bernhard Kammann von einer französischen Patrouille durch einen Schuß in die Lunge lebensgefährlich verletzt.

Die Bürgermeister Scheuern wurde mit der Leitung des Unterabteilungsbeauftragten.

Hambach bei Diez. Eine Wagenladung von 3400 Paar Schuhen, die ins unbesetzte Gebiet verschoben werden sollte, wurde hier beschlagnahmt und sodann im Ort an die Bevölkerung verkauft. Der Preis war recht niedrig.

Aus dem Hattenberg. Zur Bekämpfung der Langeweile in den Dörfern des Hattenbergs beschloß die Gemeinderäte die Erhebung einer Steuer von 50 Mark für jedes Langweilengeld; falls das Langweilengeld über 12 Uhr nachts hinauszieht, kostet die Steuer 80 Mark.

Hager. Der Maschinist Wilhelm Franz hat seine Frau wegen ehelicher Untreue erschossen und sich dann selbst durch Revolverschüsse schwer verwundet.

Am 10. Juni. Befehl der 10. Armee. Infolge der Räumungen, welche am 2. Juni stattgefunden haben und auf die Störung der öffentlichen Ordnung und die Gefährdung der Sicherheit der Armee hingewiesen, hat die Militärbehörde folgende Maßnahmen getroffen:

1. Der Erste Beigeordnete Abteilung und der Stadtverordnete Schilbach, die ihren Einfluß dazu benutzt haben, um eine Streikbewegung zu erzeugen, sind nach dem unbefehlten Gebiete ausgewiesen worden.

2. Diefelbe Maßnahme wurde gegen die Schullehrer und Professoren Jodel, Schott, Born, Heider, Sagen, Seng, Madene und Konrad ergriffen, da sie sich zu Schulden kommen ließen, ihre Klassen geschlossen zu haben, und die ihnen anvertrauten Kinder, mitten in die politischen Kämpfe hinein, hilflos auf die Straße zu werfen versuchten.

3. Die Eisenbahnangestellten, die die Arbeit verließen, obgleich sie als Militärpersonen behandelt werden und noch dem Militärgeheimnis unterworfen sind, wurden vor ein Kriegsgericht gestellt. Die Hauptausgaben sind zu folgenden Strafen verurteilt worden: Granerwald und Klein zu 5 Jahren Gefängnis, Becker, Singer, Schmidt und Starr zu 3 Jahren Gefängnis.

4. Als Waden-Wahnahme der Arbeiterchaft gegenüber und zu dem Zwecke der Verhütung hat General Mangin, Oberbefehlshaber der 10. Armee, die Vollstreckung folgender vom Kriegsgericht ausgesprochener Urteile aufgehoben: Kitz, Kurz, Portugal, Christian, Begewetter, von der Weiden, Vosselholz 1 Jahr Gefängnis, Kirch, Bandowitz, Rauch, Eicher 8 Monate Gefängnis, Bauer, Kurlach, Schuder, Kulmann 6 Monate Gefängnis, Pischmann 4 Monate Gefängnis.

5. Außerdem hat der Oberbefehlshaber der Armee sämtliche anderen Personen, welche infolge des Streiks verhaftet wurden, insbesondere die Vertreter der Gewerkschaften, in Freiheit lassen lassen.

Mainz. Mainzblätter melden, daß Frau General Mangin mit ihren 8 Kindern hier eingetroffen ist.

Mainz. Auf Veranlassung der französischen Befehlshaber ist den mit dem Verkauf und der Verarbeitung von französischem Weizen auszugsmehl beauftragten Bäckereien und Klein-

